

Entwurf des Manuskripts zur  
Sitzung des Rates der Stadt Remscheid  
am 21. Juli 2003  
i.d.S. Gewerbegebiet Blume,  
Felder Höhe und Endringhausen

Remscheid, 24. Juli 2003  
Dokument2

Anrede,

vor 20 Monaten wurde über den Einwohnerantrag des Lüttringhauser Heimatbundes beraten. Ich habe meine damalige Rede mit fünf Fragen beendet, die ich heute – anlässlich der Debatte über die Planungen für ein Gewerbegebiet Blume, Felder Höhe und Endringhausen nochmals in Erinnerung rufen möchte.

Ich habe damals – im Oktober 2001 – diese Fragen mit der Bitte verbunden, dazu eine offene Diskussion zu führen. Die Ergebnisse dieser Diskussion innerhalb meiner Fraktion möchte ich Ihnen näher erläutern.

Anrede,

die erste Frage lautete:

*Welche Auswirkungen hat der landesplanerische Paradigmenwechsel, künftig interkommunale und regionale Kooperation verstärkt zu fordern und zu fördern?*

Die Landesplanung setzt auch weiterhin auf eine Stärkung dieser Kooperationsformen.

Mit dem Entwurf des Gesetzes zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit vom Februar dieses Jahres hat die Landesregierung verdeutlicht, dass sie an dem im Landesentwicklungsbericht aus dem Jahr 2000 eingeschlagenen Weg festhalten wird.

Es ist beabsichtigt, anstelle der bei den Bezirksregierungen angesiedelten Gebietsentwicklungsplanung eine regionale Flächennutzungsplanung zu ermöglichen.

Ausdrücklich sieht der Gesetzentwurf vor, dass die Kommunen, besonders die infrastrukturelle, die integrierte Mobilitätsplanung, die Entwicklung und Vermarktung

Seite 2 des Schreibens vom 24. Juli 2003

regional bedeutsamer Gewerbe- und Freiflächen oder eine regionale Einzelhandelspolitik koordiniert erarbeiten.

Ich möchte das nochmals hervorheben:

Die Kommunen sollen besonders bei der Entwicklung und Vermarktung regional bedeutsamer Gewerbe- und Freiflächen zusammenarbeiten.

Ich glaube, diese Aussage steht für sich. Sie deckt sich mit meinen Ausführungen im Rahmen des von der SPD Ratsfraktion durchgeführten Hearings im Februar 2003 und denen des Heimatbundes Lüttringhausen in dieser Frage.

Anrede,

die zweite Frage lautete:

*Wie können wir vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen als Region unsere Chancen gemeinsam besser nutzen?*

Die SPD Ratsfraktion hat mit einem Antrag im Juni 2002 die Bildung einer regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft vorgeschlagen, die auch im Bereich der Erschließung von Gewerbegebieten und Gewerbeparks tätig werden sollte.

In die gleiche Richtung zielten Anfragen vom Oktober 2001 und vom Juli und Dezember des vergangenen Jahres.

Diese Initiativen fußen auf gemeinsamen Bemühungen der SPD Ratsfraktionen in den drei bergischen Städten, die eine interkommunale und regionale Kooperation fordern. Ehrlich gesagt habe ich die Ablehnung von Teilen des Rates gegenüber solchen Kooperationsbestrebungen beim besten Willen nicht nachvollziehen können.

Mir hat bis heute niemand schlüssig erklären können, weshalb ein im Münsterland oder Ostwestfalen-Lippe erfolgreich erprobtes Verfahren gerade hier im Bergischen Land nicht funktionieren sollte.

Aus den Reihen der CDU Ratsfraktion vernahm ich lediglich diffuse Ängste und die Vermutung, die Landesregierung beabsichtige auf diesem Wege – unterstützt durch die Schergen des Regierungspräsidenten – auf eine kommunale Neugliederung hinzuwirken.

Ich gestehe eine Vorstellung, über die sich sowohl die Landesregierung wie auch die Bezirksregierung in Düsseldorf bereits köstlich amüsiert haben.

Diese Befürchtungen entbehren jeder Grundlage. Die kommunale Neugliederung von 1975 wird nicht in Frage gestellt und eine neue Neugliederung ist auf absehbare Zeit nicht geplant. Es gibt auch keinen Geheimplan „Bergisches Land“ für die Gründung einer Großstadt ReWuSo oder so.

Nun aber Spaß beiseite.

Auch die Ergebnisse des Hearings meiner Fraktion zum Gewerbegebiet untermauerten die Möglichkeit einer gemeinsamen Gewerbeflächenerschließung. Ein Blick in die Gewerbeflächenplanung unserer Nachbarstadt Wuppertal zeigt, dass dort die Ausweisung neuer Gewerbeflächen in der Größenordnung von mehr als 150 ha beabsichtigt ist.

Hierunter befinden sich 23 ha Flächen im Bereich der Ortschaft Linde und des Gebietes Blombach. Beide Bereiche liegen in unmittelbarer Nähe der Stadtgrenze zwischen Remscheid und Wuppertal und damit im Einzugsbereich der Autobahnanschlussstelle Lüttringhausen/Ronsdorf.

Die Konkurrenzsituation zu dem auf Remscheider Seite in Planung befindlichen Bereich Blume, Felder Höhe und Endringhausen liegt auf der Hand.

Interkommunale Zusammenarbeit ist also nicht gleichbedeutend mit dem Ausverkauf Remscheider Interessen. Wer das glaubt, der unterschätzt offenbar die Verhandlungsfähigkeiten der eigenen Verwaltungsspitze.

Interkommunale Zusammenarbeit soll auf gleicher Augenhöhe erfolgen. So, wie es in der gemeinsamen Anfrage der bergischen SPD Ratsfraktionen auch ausdrücklich gesagt wurde.

Interkommunale Zusammenarbeit beschränkt sich nicht auf die bergischen Großstädte sondern kann auch auf die nördlichen Teile des Rheinisch-Bergischen-Kreises und des Oberbergischen Kreises erweitert werden.

Anrede,

die dritte Frage lautete:

*Wie soll das Leben, Arbeiten und Wohnen im Remscheid der Zukunft aussehen?*

Eine Beantwortung dieser Frage kann nur auf Basis einer breiten Leitbilddiskussion erfolgen. Diese Diskussion findet nicht statt, obwohl ein Stadtentwicklungskonzept überfällig ist.

Ich glaube, dass das aus dem Jahr 1996 stammende städtebauliche Leitbild nach sieben Jahren sicher nicht mehr den Anforderungen gerecht werden kann.

Die Remscheider Stadtentwicklungspolitik wird heute zerrieben zwischen den Beratungen des Bauausschusses und des Ausschusses für Stadtentwicklung und Strukturwandel.

Insider bringen dies mit den zwischen den beiden Ausschussvorsitzenden bestehenden Rivalitäten in Verbindung.

Genauso fragen sich viele Bürgerinnen und Bürger, ob es dauerhaft sinnvoll sein kann, dass die Stadtentwicklung innerhalb der Verwaltung von Auswärtigen dominiert wird. Bei der Eröffnung des diesjährigen Schützenfestes bemerkte ein Anwesender, dass die Verantwortlichen aus der Stadt, die sie am Tage verplanen, abends aus Remscheid Richtung

Düsseldorf oder Umgebung fliehen können. Der Oberbürgermeister wohnt ja wenigstens in Remscheid.

Ich möchte das nicht näher kommentieren, aber diese Bürgermeinungen sollten einmal an dieser Stelle Erwähnung finden.

Schließlich sollte derjenige, der die räumliche Einheit von Leben, Wohnen und Arbeiten fordert, auch mit eigenem positivem Beispiel vorangehen.

Anrede,

die vierte Frage lautete:

*Warum sollte sich Remscheid nicht an dem im Raum stehenden Ausbau der Generaloberst Höppner Kaserne in Wuppertal zum Gewerbegebiet durch die Gewährung von Landeszuschüssen beteiligen?*

Auch hier liegt mir bisher kein plausibles Gegenargument vor. Die Bereitschaft für eine solche Zusammenarbeit ist meinen Erkenntnissen nach auf Wuppertaler Seite durchaus vorhanden.

Auch die Landesregierung ist bereit, ein solches Projekt positiv zu begleiten. So lautete das Ergebnis eines Gespräches, das ich in Begleitung der Herren Kollegen Edelhoff, Sill und Wiertz mit dem Chef der Staatskanzlei führte.

Die GOH-Kaserne wird in den Jahren 2004 bzw. 2006 leergezogen. Die Immobilien stehen zum Verkauf durch das Bundesvermögensamt in Düsseldorf an.

Das Areal umfasst 46 ha Bruttofläche. Die Nutzungsrelation zwischen Brutto- und Nettofläche ist aus topographischen Gründen in diesem Bereich deutlich günstiger als bei Blume, Felder Höhe und Endringhausen. Nach einer vorsichtigen Schätzung gehe ich davon aus, dass hier 30 bis 32 ha Nettofläche genutzt werden könnten.

In diesem Fall also eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Nutzung einer für Remscheider Verhältnisse riesigen Konversionsfläche.

Der Bereich der Kasernen ist im Gebietsentwicklungsplan als Sonderfläche ausgewiesen. Für eine gewerbliche Nutzung muss – ähnlich wie im Fall von Endringhausen – ein Änderungsverfahren durchgeführt werden. Das Verfahren erfordert in beiden Fällen den Wegfall von Gewerbeflächen an anderer Stelle.

Das interregionale Gewerbegebiet Marburg in Ostwestfalen-Lippe sah im Rahmen dieses Ausgleichsverfahrens den regionalen Ausgleich vor.

Aus meiner Sicht wäre es denkbar, den als Gewerbegebiet ausgewiesenen Bereich Blume und Felder Höhe in einem solchen Verfahren als Ausgleichsfläche für ein Gewerbegebiet an der Parkstraße in Wuppertal heranzuziehen.

Die Chance hierfür besteht, auch wenn sie – meinem Kenntnisstand nach – bedauerlicherweise nie ernsthaft seitens der Stadt Remscheid erörtert wurde.

Anrede,

die fünfte Frage lautete:

*Welche Folgen könnte eine von allen Seiten geforderte Abkehr von der in ihrer Entwicklung un stetigen Gewerbesteuer auf die stadtentwicklungspolitischen Leitziele haben?*

Die Gewerbesteuer wird revitalisiert. Das Modell der kommunalen Spitzenverbände wird umgesetzt. Das bedeutet eine Ausweitung des Kreises der Steuerpflichtigen auf die Freiberufler. Ob vor diesem Hintergrund der oft beschworene Kausalzusammenhang von großzügigen Gewerbeflächen und Gewerbesteuereinnahmen weiterhin besteht, dürfte ernsthaft bezweifelt werden.

Freiberufler haben sicherlich andere Bedürfnisse als klassische Industrie- und Gewerbebetriebe.

Ich möchte auch daran erinnern, dass die Landes-CDU sich für eine Abschaffung der Gewerbesteuer ausgesprochen hat. An deren Stelle sollten die Kommunen an der Einkommenssteuer mit einem eigenem Hebesatzrecht beteiligt werden.

Meine Damen und Herren der CDU,

wenn ich den Ansatz Ihres Landesverbandes recht bedenke, dann brauchen wir weniger die Ausweisung neuer Gewerbegebiete sondern die neuer Wohnungsbauflächen.

Anrede,

diese Fragen haben die Entscheidungsfindung innerhalb meiner Fraktion begleitet. Wir haben uns dabei bewusst nicht auf das Gewerbegebiet Blume, Felder Höhe und Endringhausen beschränkt. Unser Anliegen war es, die Diskussion über das Gewerbegebiet in einem gesamtstädtischen Kontext zu führen.

Ich betone dies um so mehr, als dass von der Gegenmeinung die Position vertreten werden könnte, wir hätten eine isolierte Entscheidung ohne Berücksichtigung der Interessen der gesamten Stadt gefällt.

In diese Richtung zielten auch die von uns eingebrachten Anfragen, auf deren Beantwortung wir mehr als ein Jahr haben warten müssen. Ich erlaube mir an dieser Stelle meine Unzufriedenheit über diese lange Wartezeit zu äußern und erwarte, dass künftig die Anfragen in angemessener Zeit beantwortet werden.

Anrede,

die Finanzierung und Projektierung des Gewerbegebietes ist mit diversen Fragezeichen und Risiken versehen. Ich erlaube mir die Benennung einiger dieser Unbekannten.

- ✍ Finanzierung von Erschließungsmaßnahmen durch die Remscheider Entsorgungsbetriebe – oder offen salopp formuliert: durch die Gebührenzahlerinnen und –zahler Remscheids
- ✍ Ankaufpreise, die zu niedrig angesetzt erscheinen, weil – und das kann von niemandem bestritten werden – bei den Eigentümern eine nicht gerade überschwänglichen Verkaufsbereitschaft besteht
- ✍ Verkaufspreise, die zu den höchsten in unserem Land zählen werden und deren Höhe heute zwar mit knapp 110 Euro pro m<sup>2</sup> angegeben wird, wobei auch hier die Preisbildung nicht abgeschlossen ist. Ein Verkaufspreis von bis zu 150 Euro erscheint möglich, wenn alle Kosten eingerechnet werden.
- ✍ Eine Bürgschaft in einer Höhe von 7,4 Millionen Euro, die auf die bestehenden Bürgschaften der Stadt von knapp 14 Millionen Euro locker draufgesattelt werden – bei einem unserer Meinung nicht nachvollziehbaren Bürgschaftsrisiko
- ✍ Enteignungen laufen auch nicht immer problemlos und werden unsererseits in diesem Verfahren abgelehnt

Anrede,

zwar bemüht die Mehrheitsfraktion in den Ausschussberatungen die Ausarbeitung des Erschließungsträgers LEG, um die Ernsthaftigkeit der Kalkulation zu dokumentieren.

Aber das ist hier nicht anders als im Mathematikunterricht. Wenn die falschen Annahmen und Zahlen eingerechnet werden, dann kann mit Sicherheit auch kein wahres Ergebnis errechnet werden. Insofern mutet die Argumentation wie ein Zirkelbezug an.

Die Durchführung der Bürgerbeteiligung – insbesondere das pauschale Abbügeln der Einwände von vielen hundert Einsprechern – war eine Farce.

Der vom Heimatbund Lüttringhausen vorgebrachten Argumentation und Kritik kann sich meine Fraktion weitestgehend anschließen.

Es hilft nichts. Wer heute in diesem Rat eine Entscheidung treffen will, kommt um eine ernsthafte Analyse des Risikos und des Nutzens für unsere Stadt nicht umher.

Die Risiken habe ich kurz skizziert. Sie sind aus Sicht meiner Fraktion für die Stadt Remscheid nicht tragbar.

Anrede,

meine Fraktion hat sich einstimmig gegen die Planungen eines Gewerbegebietes Blume Felder Höhe und Endringhausen ausgesprochen.

Ich lade die Mitglieder der CDU Ratsfraktion dazu ein, ihre Meinung nochmals zu überdenken. Nutzen sie ihre Chance, heute die Notbremse für diese Entwicklung zu ziehen.

Sehr geehrter Herr Haarhaus,  
sehr geehrte Frau Kamm,  
sehr geehrter Herr Langenohl,

ich spreche sie bewusst als die direkt gewählten Ratsmitglieder aus dem Stadtbezirk Lüttringhausen an.

Nehmen Sie Ihren Mut zusammen und stimmen Sie so, wie es Ihnen die Vernunft in dieser Frage gebieten sollte und wie sie es auch den Lüttringhauser Bürgerinnen und Bürgern versprochen haben.

Anrede,

wir – die SPD Ratsfraktion – haben in einem langen und schwierigen Meinungsbildungsprozess eine einmütige Einstellung zur Sache gewonnen, nachdem wir von Anfang an dargestellt haben, dass wir ergebnisoffen erst am Ende des Verfahrens eine Entscheidung treffen werden.

Wir haben uns bemüht, mit den Bürgerinnen und Bürgern – im Gegensatz zu anderen Fraktionen – ins Gespräch zu kommen. Wir haben dabei hinzugelernt.

Wir wollen keinen Vorrang für den Tausch von Brachen gegen Flächen auf der grünen Wiese und fordern deshalb ein Brachflächenrecycling für Gewerbeflächen.

Wir wollen nicht sehenden Auges unsere Stadt ins endgültige finanzielle Aus manövrieren, weil die Planung im höchsten Maße risikobehaftet ist.

Wir wollen eine Abkehr vom Kirchturmdenken und bergisch Pepita.  
Dem setzen wir die Zusammenarbeit mit unserem bergischen Nachbarn entgegen.

Anrede,

deshalb lehnen wir heute das Gewerbegebiet Blume, Felder Höhe und Endringhausen ab.